

Neuer Hochheimer Stadtscheiter

Amtesliches Organ



Stadt Hochheim

Erstheint: Dienstags und Freitags (mit illustrierter Beilage). Druck und Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hochheim, Telefon 39. Geschäftsstelle in Hochheim: Waisenbühnenstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-spaltige Zeile 30 Pf. Bezugspr. monatl. 90 Pf. u. 10 Pf. Bringerl. Postfachkonto 168 67 Frankfurt a. M.

Nummer 22.

Dienstag, den 17. März 1925.

Jahrgang 1925

Neues vom Tage.

Nach einer Meldung aus Halle a. S. hat sich die Zahl der Todesopfer der Schieferer im Volksturm auf neun erhöht. Ein weiterer Fall ist hoffnungslos.

Das Berliner Organ der deutsch-sozialistischen Freiheitsbewegung stellt fest, daß die deutsch-sozialistische Freiheitsbewegung geschlossen für die Kandidatur Jorres eintritt und an die Wahlstellung eines Sonderkandidaten nicht denkt.

Der Landesverband der Vaterländischen Volkspartei hat beschlossen, den bisherigen Ministerpräsidenten Held als Vizepräsidenten der Partei zu wählen.

Am Montag fand in Paris eine zweite Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot statt.

Nach einer Erklärung der Interalliierten Abenteilungskommission erwidert sich das Eisenbahnerstreikverbot auf das ganze besetzte Gebiet.

Revision und Sicherheit.

In Polen herrscht große Entrüstung, die sich schon in Protestdemonstrationen Luft gemacht hat, darüber, daß die deutsche Sicherheitsvorkehrung, die allerdings die deutsche Grenze nicht umfassen, namentlich bei der englischen Regierung gütliche Aufnahme gefunden haben. Aber gerade deshalb beschäffte sich die führende englische Presse erneut und sehr interessiert mit der Frage.

„Obne Revision keine Sicherheit“ schreibt der „Observer“ in einem Artikel, in dem er ausführlich Chamberlains Erklärung vor dem Völkerbundrat am vergangenen Donnerstag wurde destruktiv genannt. Der größte Teil sei notwendigerweise destruktiv gewesen und die Gelegenheit zu konstruktiver Politik biete sich erst jetzt. In seiner Entscheidung über das Senf-Protokoll habe England für einen eigenen und gleichzeitig für den Frieden Europas gehandelt. Eine große Gefahr sei bekämpft worden. Das Protokoll würde noch der Meinung der englischen Regierung das Gleichgewicht und den Geist des Völkerbundes verändert haben.

Zu dem Problem Polen übergehend, zieht das Blatt einen Vergleich mit dem deutsch-französischen Frieden von 1871. Damals habe Frankreich unter dem militärischen Druck Elsas-Vosgesen preisgegeben. Frankreich habe aber niemals der Abtretung zugestimmt. Die Revision dieser Neuordnung sei Deutschland wiederholt nahegelegt worden. Ohne die Annäherung Elsas-Vosgesen wäre Deutschland vielleicht die Herrin der Welt geworden. Sieben Jahre später sei dann der Vertrag von Versailles nach dem Berliner Kongress unterzeichnet worden. Auch dieser Vertrag sei nicht angenommen worden und im weiteren Verlauf hätte die Neuordnung der Balkanverhältnisse durch den Berliner Vertrag zu dem Kriege 1914 geführt. Inner Präzedenzfall der neuen Geschichte sei lehrreich für die Gegenwart. Die im Versailler Vertrag Versprochenen seien der Aufhebung, daß die rote Gewalt den Vertrag erhalten könnte. Manche Teile des Vertrags seien durch Recht und Billigkeit wohl begründet, so die Wiederherstellung Polens und die Gerichung der Nachfolgestaaten. Aber der ganze Vertrag würde in Gefahr gebracht durch seine Fehler und Ungerechtigkeiten. Ihre Beseitigung sei von ausschlaggebender Bedeutung für die Konsolidierung Osteuropas. Kein Land habe den Bestrebungen Polens freundlicher gegenüberstehen als England. Der gute Rat, den England heute Polen gebe, könne auf die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen Anspruch erheben. Polen habe ein schlechtes Erbe in dem Versailler Vertrag erhalten. Seine neuen Grenzen seien so gezogen worden, daß es im Augenblick seines Widerstandes die vereinigten Völker Deutschlands und Russlands erbebt habe. Kein Freund könne Polen einen besseren Rat geben als denjenigen, der Deutschland nach dem Kriege 1871 von den europäischen Mächten im Jahre 1878 gegeben worden sei.

Neben dem am Montag in Paris erfolgte Zusammenkunft zwischen dem britischen Außenminister Chamberlain und Herriot schreibt der „Observer“ in einem in London veröffentlichten Artikel: „Große Bedeutung wird in politischen englischen Kreisen der Tatsache zugewiesen, daß schon vor der Abreise Chamberlains aus London am Freitag vor einer Woche Herriot den deutschen Vorkämpfer in Paris dahin gehend unterrichtet hat, daß die französische Regierung den deutschen Vorschlag als eine mögliche Diskussionsbasis bezeichnet habe. Die Frage ist, ob Herriot sich an diese Bedeutung halten wird. Wenn ja, so sind die Aussichten sehr viel besser, denn die Grundlage des deutschen Angebots und des Vorschlags von Chamberlain hatten viel Gemeinsames. Ein Argument zugunsten dieses Planes, das Chamberlain heute benutzen wird, wenn die Atmosphäre sich als günstig erweist, besteht darin, daß Polen auf die Dauer einen Vorteil davon haben würde, wenn es Deutschland im polnischen Korridor und denjenigen Teil Oberschlesiens, der jetzt zu Polen gehört, zurückgeben würde. Wenn Polen den Preis bezahle, der allein den Sicherheitspakt möglich mache, dann würde es unvorstellbar, eingeladen werden, Partner des Vertrags zu werden zusammen mit Frankreich, Deutschland, England, Italien, Belgien und der Tschechoslowakei.“

Politische Tageschau.

Entwertungsgesetz bei der Reichsmark. Seit Einführung der neuen Reichsmarkwährung sind Zweifel aufgetaucht, ob die in der letzten Zeit aufgetauchte übliche Entwertungsgesetz auch jetzt noch anzuwenden ist. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einer im Einverständnis mit dem Finanzminister ergangenen Verfügung des preussischen Landwirtschaftsministers entnimmt, darf diese Klausel bei Verträgen, deren Abwicklung voraussichtlich nur kurze Zeit dauert, nicht mehr angewandt werden; dagegen bestehen gegen ihre Anwendung bei langfristigen, insbesondere bei Miet- und Abnahmeverträgen, sowie bei den in der Regel auf 18 Jahre laufenden Pachtverträgen keine Bedenken.

Die Stiehlungsstatistik. Dieser Tage fand in Düsseldorf unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten eine Sitzung des seit einigen Jahren bestehenden Stiehlungsanwaltschafts statt. Die als Mitglieder geladenen Vertreter der Provinz Städt- und Landräte waren mit dem Regierungspräsidenten darin einig, daß die Stiehlung, besonders die Versteckung in den nicht vom Stiehlungsverband „Nachschußbezirk“ beherrschten Teilen des Regierungsbezirks einer erneuten Förderung bedürfen und daß dazu der Stiehlungsanwaltschaft weiter angehalten und unter Hinzuziehung von Vertretern bestimmter Interessengruppen ausgebildet werden müsse. Zu diesem Zweck wurde ein vorläufiger Arbeitsausschuß gebildet, der ein Programm für die Weiterentwicklung und die zu bildenden Unterausschüsse aufstellen soll. Ein Haupt- und mehrere Unterausschüsse sollen dann mit Hilfe von Sachverständigen die Ausführung der General- und Spezialpläne, sowie deren Durchführung für bestimmte Bezirke unter Beachtung des durch die Regierung bereits gesammelten Materials unter der Oberleitung des Regierungspräsidenten beschleunigen.

Die italienische Presse und die Kölner Zone. Während der Genfer Vertreter des „Corriere della Sera“ den Ausgang der Sitzung des Völkerbundesrats ein „Begräbnis des jamosen Genfer Protokolls“ nennt, eine Auffassung, die auch die „Idea Nazionale“ vertritt, charakterisiert der Londoner Vertreter der „Stampa“ die unglückselige Hinmorschung der endgültigen Entscheidung als diplomatischen Sieg Brlands. Chamberlain habe, obwohl England entschlossen bleibe, nicht zu unterzeichnen, Frankreich für weitere sechs Monate für diplomatische Gegenstände freie Hand gelassen, die unvorhergesehenen Ueberwachungen bringen könnten. England habe damit aber auch einen Gewinn erzielt, denn nicht zu räumen. Deutschland werde wohl noch unter dem Druck der Befragung auf unbestimmte Zeit hängen.

Abstimmungsfest in Hensburg. Der Gedanke der neuen Volksabstimmung in der Nordmark, die am 4. März 1920 in der dritten Zone mit einem überwältigenden Sieg der deutschen Stimmen endete und Hensburg dem Deutschen Reich erhielt, ist in Hensburg und in anderen Orten der nordlichen Zone in großem Maße gefeiert worden. Nachdem am Vorabend unter Beteiligung von Tausenden aller Bevölkerungsteile in Hensburg ein Festzug veranstaltet worden war, fanden am Abend eine feierliche gleichzeitig an verschiedenen Stellen große Abstimmungsfeste statt, die Zeugnis ablegten von dem politischen Willen und der kulturellen Kraft des Deutschen in der Nordmark.

Deutschpolnische Annäherungen in Ostpreußen. Am Sonntag fanden in Ostpreußen, vor allem in Ostbaltisch, Annäherungen gegen den deutschen Sicherheitspakt statt. Von den frühen Morgenstunden an trafen polnische Organisationen der Aufständischen, der ehemaligen Kollaboranten, des Westmarkenvereins und zahlreiche wirtschaftliche Verbände sowie die polnischen Beamtenorganisationen nach Ostbaltisch. Schon vormittags 10 Uhr begannen auf dem Ring die Ansprachen, an denen sich Redner aller Parteien beteiligten und die scharfe Angriffe gegen Deutschland und England richteten.

Herriots Programm. In Gattres, dem Geburtsort Jorres, wurde ein Jorres-Festmal im Verein Herriot veranstaltet. Auf dem sich anschließenden Bankett hielt Herriot eine Ansprache, in der er auf den Brief der Kardinaldelegation, der den Geist des Mittelalters atme. Er werde sich von dem eingeschlagenen Weg durch keinerlei Zögerungen abbringen lassen. Besonders schmerzhaft berührte ihn jedoch der Vorwurf, daß er der religiösen Freiheit Elsas-Vosgesen zu nahe treten wolle, das Reis den Gegenstand der besonderen Fürsorge der Regierung gebildet habe. Herriot sprach dann über außenpolitische Fragen und betonte, daß der Grundgedanke seiner Politik in drei Worten: „Sicherheit, Sicherheit und Abstützung“ zum Ausdruck käme. Die Republikaner hätten als erste das Protokoll zur Geltung gebracht, das zwar Widerstand und Zweifel begegne, aber doch in der Zukunft die Grundlage des Völkerrechts bilden werde. Frankreich wolle Frieden nach innen und außen, ein Programm, das sich leider nur schwer verwirklichen lasse.

Aus Nah und Fern.

Dom hessischen Schulwesen wird berichtet: Im Jahre 1924 zählten die höheren Schulen 14 407 Schüler (gegen 14 138 im Vorjahre) und 8371 Schülerinnen (8418 im Vorjahre). Das sind also 126 + 47 = 173 weniger als im Jahre 1923. Es gab im Mai 1924: 9 Gymnasien mit 2212 Schülern und 2 Schülerinnen; 2 Pädagogische Schulen mit 162 Schülern und 8 Schülerinnen; 3 Realgymnasien mit 1842 Schülern; 13 Oberrealschulen mit 5983 Schülern und 288 Schülerinnen; 18 höhere Bürgerschulen mit 725 Schülern und 392 Schülerinnen; 5 höhere Bürgerschulen ausschließlich für Mädchen mit 519 Schülerinnen; 8 höhere Mädchenschulen mit 4297 Schülerinnen; 2 Studienanstalten und Lehrerinnenseminare mit 136 Schülerinnen; 4 Aufbauschulen mit 188 Schülern und 60 Schülerinnen; 4 Lehrer- und Lehrerinnenseminare mit 131 Schülern und 28 Schülerinnen und 1 pädagogischer Kursus mit 33 Schülern. Nach dem Stand am 1. Dezember 1924 hatte Hessen 961 Volksschulen mit 152 675 Schülern und Schülerinnen.

Nassauischer Jügendzuchtverband. Der Aufbau der Kreisverbände im Nassauischen Jügendzuchtverband ist beendet. Der Verband umfaßt am Jahresende die Kreisverbände Biedenkopf mit 15 Vereinen und 1088 Mitgliedern, Oberlahn mit 21 Vereinen und 1303 Mitgliedern, Limburg mit 18 Vereinen und 812 Mitgliedern, Ober-Taunus mit 9 Vereinen und 422 Mitgliedern, Uffingen mit 5 Vereinen und 176 Mitgliedern, Frankfurt mit 6 Vereinen und 872 Mitgliedern, Wiesbaden mit 6 Vereinen und 487 Mitgliedern, St. Goarshausen mit 3 Vereinen und 105 Mitgliedern, Main-Taunus mit 7 Vereinen und 680 Mitgliedern und Einzelvereine mit 403 Mitgliedern und 10 Vereinen, zusammen 100 Vereine mit 6348 Mitgliedern. Der Verband hat gegenüber dem Vorjahre trotz des Verlustes an Jügendzuchtern in einzelnen Kreisen seinen Mitgliederbestand aufrechterhalten.

Eine Hochstaplerin. Längere Zeit wurde Wiesbaden und seine Umgebung von einer angeblichen „Baronin Hildegard Charlotte von Saldern Allm“ unsicher gemacht. Unter diesem Namen führte sie eine Menge Privatbetrugsgeschäfte und Hochstaplerien aus. Sie erzählte überall, wohin sie kam, daß ihr Vater einer der tüchtigsten Reiteroffiziere und zuletzt Kommandeur eines Dragoner-Regiments in Wilhelmsen i. E. gewesen sei. Nachweislich hat sie sich längere Zeit in Wiesbaden, Langenscheidt, Mainz und Worms aufgehalten. In Wiesbaden wohnte sie im Hotel. Unter Verstellung auf hochstehende Personen fand sie dort und in Mainz Eingang in angesehenen Familien, die durch sie zum Teil schwer geschädigt worden sind. Sie wurde jetzt in Gießen, wo sie sich mit einem Pseudonym verheiratet hat, verhaftet. Ihre Personalien konnten bisher einwandfrei nicht festgestellt werden.

57 000 Mark unterschlagen. Bei einer Hand-Gelegschaft in Frankfurt war der 40jährige Buchhalter K. Hutter als Kassierer tätig, der mit Rücksicht auf seine Vergangenheit allen Anlaß gehabt hätte, sich die Stelle nicht zu verschaffen. Man kam dahinter, daß Hutter von Januar bis Oktober v. J. Unterschlagungen begangen hatte, die nach Angaben des ungetreuen Kassierers etwa 57 000 Mark betragen sollten. Er wurde verhaftet, und als er jetzt vor dem Einzelrichter erscheinen mußte, ergab sich, daß die Unterschlagungen sich auf 57 000 Mark bezogen. Der Angeklagte, der anscheinend die herrschende Summe in Damengeldscheine durchgebracht, wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt.

Die Frankfurter Wohnungsamtsaffäre. Nachdem in der Wohnungsamtsaffäre in Frankfurt schon vor 14 Tagen die Hauptbeschuldigten wieder aus der Unterhastung entlassen wurden, ist jetzt auch der letzte der Inhaftierten, der Leiter der Abteilungsstelle des Wohnungsamtes, Kone, aus dem Gefängnis entlassen worden. Der bisherige Leiter des Wohnungsamtes, Sauter Greffer, wurde nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis sofort von der Stadt wieder übernommen und dem Vazant zugewiesen.

Ein guter Tag. In der Person des polnischen Staatsangehörigen Harry Seiden wurde auf dem Frankfurter Hauptbahnhof das führende Mitglied einer internationalen Drogenbande verhaftet. Die Bande arbeitete in der Drogenhandlung in den großen europäischen Drogen, so zwischen Amsterdam—Köln—Frankfurt—Berlin—Frankfurt—Wien—Paris. Im Berlin-Wien-Tag stahl dieser Tage der Seiden einer Dame einen kleinen Koffer mit Juwelen. Gleichzeitig wurden auf dem Wiesbadener Bahnhof zwei Helfershelfer des Seiden festgenommen.

Keine Jugentrolle mehr an der Grenze. Wie die Reichsbahndirektion Mainz mitteilt, werden ab 16. März die Kontrollpunkte der Schenke, Eis- und beschleunigten Personenzüge in Goldstein, Weierstadt und Wiesbaden beseitigt. Auf der Strecke Mainz—Frankfurt wird der Wegfall des Haltes in Goldstein durch frühere Ankunft oder spätere Abfahrt in Mainz und Frankfurt ausgleichen.

Eine Verordnung zur Bekämpfung der Trunksucht wurde von der Polizeiverwaltung der Stadt Worms erlassen. Personen, die von der Polizei als Trunksüchtige bezeichnet werden, darf in den Wirtschaften kein alkoholartiges Getränk verabfolgt werden.

der Meerenge von
untergegangen.
von einem spanischen

erfahrt ist trotz der
nach der finnischen
ständig unterbunden.
Der Stocholmer
Neter diesen Wälschicht
die Dampfer „Leona“
ische Register-Tonnen
geben. Das Schiff
Radio hat verlagert
nach dem deutschen

der Berichterstatter des
Verminis, daß Kellogg
die Lösung der Kölner
finanzielles Interesse
sichlichen Wiederaufbau
so zugenommen, daß
nes Herabbleibens von
europäischen Angelegen-

Senat.

ffion des Senats hat
7 gegen 14 Stimmen
im Vatikan und mit
bitte für eine Sonder-
eressen beim Bat.

Hochheim a. M.

au.

nterschiedlich Leon-
Vertrag ab, ohne
nkapitels eingeholt
ung wurde er zur
ilt. Gleiche Strafe
Bef, der den dem
markt gutgeheißen,
n zusammengerufen
dem von dem Un-
reioestellt hatte.

Käufer eine Ein-
ustande gekommen
spennig oder das
enen Kaufes in die
war der Kauf nach
h derjenigen, denen
ließen war, hatte
Käufern zu öffnen,
hes die ihnen be-
em ganzen vorher
s mußten sie auf
zeichnen, wogegen
des Bestandes zu-

nder der Weinmarkt

Als aber der Ober-
ter der Bedingung
ch seine Rüdeshei-
nähmen, verlang-
ntalern zurück und

die Käufer unter
obel jeder die ihm
en versch. Das bei
l verblieb in Hän-
später die Abfuhr
s, vorbrugen konnte.

aters Sebnucht
en neuen Heimat“.

ihrem Wege ein
Sie stuyten beide
an. Unvollständig,
in Pferd.

sich. Er erkennt
Bilde, daß Geri-
Die Kunde, daß
getroffen sei, wai

was er tun sollte.

und weiterreitet

l. anändiges Fräu-

vorzustellen. Mein

auf Linder. Ich

ich erkundiger

die Herrschaft ange-

und ins Haus

ich mich aber nicht

ich bitte nochmals

wenig formlos -

uf dem Weg

er warmer

Den hatte Entf

wähnt. Das war

den er so hoch

und Heinz Ein

ihrem schönen

fragte sie er

ihre Photographie

folgt.)

Die Hochheimer Weinmärkte, auch Gabelungen genannt, gefangen nach dem 30jährigen Kriege zu solcher Berühmtheit, daß sich nach ihnen der ganze Rheingau richtete. Im Jahre 1645 erhielt der Zollschreiber zu Wilzbach Befehl, kein Schiff mit neuen Weinen passieren zu lassen, es sei denn der Weinmarkt „und sonderlich zu Hochheim abgeschlossen. Nur bei ausnahmsweise schlechten Ernten wurde der Verkauf des Weines in das Belieben jedes Einzelnen gestellt.

Soviel die Weinmärkte auch Gegner finden mochten, so trat doch die Gemeinde Hochheim stets für dieselben ein. Selbst als im Jahre 1682 Erzbischof Anselm Franz die Weinmärkte in den ganzen kaiserlichen Landen aufhob, setzte es der Schulteis und das Gericht auf vieles Bitten durch, daß alles beim alten blieb.

Endlich gingen im September 1723 die in Hochheim begüterten Mainzer Klöster das Domkapitel gemeinsam um Aufhebung der Weinmärkte an. Auch jetzt noch sträubte sich der Ortsvorstand aufs Entschiedenste. Trotz dieser Verweigerung wurde die „Gabelung“ d. h. der Zwang, die Ernte zum gemeinschaftlichen Verkauf zu stellen, aufgehoben, der Weinpreis jedoch fortgesetzt durch Stimmenmehrheit des Ortsvorstandes einheitlich festgesetzt. Von diesem Zeitpunkt ab verkaufte man nicht mehr nach Fuder (960 Liter) sondern nach Ohmen (160 Liter). Vergleichsweise einmal einige Weinjahre in Bezug auf Qualität und Preis.

Im Jahre 1333 hatte man einen so überflüssigen Weinwuchs, daß, wenn einer dem andern ein Faß gelehnte, dieser ihm dasselbe voll des besten Weines gefüllt, zurückgab; zwei Maß wurden für einen Heller verkauft, und noch mußten aus Mangel an Gefäßen viele Trauben an den Stöcken gelassen werden.

1442 kostete das Fuder 2 Gulden.
1511 war er so teuer, daß die Maß von sechs auf zehn Heller stieg.

1626, den 26. Mai, erfroren die Weinberge, sodaß im Herbst nicht eine Traube gelesen wurde.

1684 war ein sehr guter Jahrgang.

1700 desgleichen sehr gut.

1783 ein Hauptwein.

1857 nach sechsjähriger Teuerung ein ausgezeichnetes Jahrgang. Für ein Ohm des sogenannten „Bürgerweines“ wurden 50—110 Gulden bezahlt.

1860 der Ertrag sehr gering nach Quantität und Qualität. Der Wein wurde vom Volksmund „Garibaldi“ genannt.

1862 gut und viel.

1865 sehr gut.

1868 sehr gut.

1893 ein schwerer, feuriger Wein. Die preußische Domäne, Besitzerin des größten Teils der „Dom-Dechanz“ verkaufte auf der Versteigerung 1/3 Stück (600 Liter) 1893er zu 9000 Mark.

1895 ein blumiger und mehr eleganter Wein.

(Fortsetzung folgt).

Notales.

Hochheim a. M., den 17. März 1925.

Die 80. Geburtstagfeier unseres Totengräbers und Friedhofverwalters Herrn Karl Treber am letzten Freitag verlief in der schönsten und angenehmsten Weise. Am Vorabend brachte die hiesige Feuerwehrkapelle dem Jubilar ein Ständchen, wobei sie den „Tag des Herrn“ und zwei weitere Tondstücke vortrug. Herr Bürgermeister Arzbächer gratulierte am Samstag und überreichte als Zeichen der Anerkennung für die langjährig geleisteten Dienste im Namen der Stadtverwaltung ein Geldgeschenk. Bei der häuslichen Feier sah der Jubilar seine Angehörigen in freudiger Stimmung um sich versammelt, wobei seine Enten entsprechende Glückwunschkundgebote vortrugen. Auch gedachte man hier mit Behmut seines im Weltkrieg gefallenen Sohnes Heinrich und seines Schwiegersohnes Martin Merkel. Aus der hiesigen Bürgergesellschaft gingen dem Gefeierten noch Geschenke und zahlreiche Glückwunschkundgebote zu. Mögen die Segenswünsche erfüllen!

Ernennung Preis. Auf dem „nationalen Mandolinen-Wettbewerb“ in Weisenau errang der „Erste Hochheimer Mandolinentklub“ in Quartettklasse Land den ersten Preis.

Das Gastspiel des Professors Mellani am verfloßenen Sonntagabend im Saale des Restaurant „Kaiserhof“ wies keinen besonders starken Besuch auf. Im Mellani lernten wir keinen gewöhnlichen Tischen- und Gantler kennen, wie solche gewöhnlich sich auf Jahrmärkten zeigen, sondern einen Künstler dieses Faches, der vornehm arbeitete und die schwierigsten Experimente vorführte. Nahezu drei Stunden unterhielt er seine Gäste mit verblüffenden Vorführungen im Verschwimmen und Wiedererscheinen der verschiedensten Gegenstände, Kartentunskunden und sonstigen Darbietungen, für die man sich keine Erklärung zurechtlegen kann. Zum Schluß wies er in seinen theoretischen Ausführungen die Haltlosigkeit des Spiritismus nach und erklärte die sog. „Medien“ (Mittelspersonen) vielfach als Betrüger, von denen schon manche entlarvt wurden. In seinem Geisteslabirint führte er alsdann in gefesseltem Zustande verschiedene Tätigkeiten aus, die für ihn nicht leicht waren.

Theater. Vielfachem Wunsch entsprechend, wird der Verein ehem. Kriegsgefangener, Hochheim, am Sonntag, den 22. März das vor einiger Zeit mit so großem Beifall aufgenommene dramatische Schauspiel „Lorbeer-

franz und Dornenkrone“ im Saalbau „zum Kaiserhof“ nochmals aufführen. Näheres im Anzeigenteil nächster Nummer.

Die Grundschule. Im Bildungsausschuß des Reichstags wurde die Grundschulfrage zum Abschluß gebracht. Angenommen wurde ein vereinigter Antrag der Deutschen Nationalen, der deutschen Volkspartei und des Zentrums der einen Gesetzentwurf über die Dauer der Grundschule enthält. Im wesentlichen wird darin bestimmt, daß besonders leistungsfähige Schüler bereits nach 3 Jahren zur Sexta überzugehen berechtigt sind. Die neue Regelung wird Ostern 1925 bereits in Mecklenburg, Württemberg, Baden und Bayern eingeführt werden können. Die übrigen Länder werden am 19. März in einer Konferenz weitere Maßnahmen beschließen, um sobald als möglich nach dem Antrag des Ausschusses in der Grundschulfrage zu verfahren.

Berufswahl. Mit der Entlassung des Schülers aus der Schule tritt die wichtige Frage der Berufswahl an den jungen Menschen heran. Diese aber ist wichtig, nicht nur für das zeitliche, sondern auch für das ewige Glück. Diese Frage soll bereits einige Zeit vor der Entlassung von den Eltern beraten und entschieden werden. Eine Unterstützung finden sie hierbei bei den Berufsberatungsgesellschaften. Auch die Arbeitsämter übernehmen Vermittelungen. Desgleichen sollen sie sich an die Leiter und Lehrer der Schulen wenden. Dann können in fast allen Fällen die ausgesprochenen Anliegen zum Wohle des Stellenjuchenden wünschgemäß erledigt werden. Vor allen Dingen ist darauf hinzuweisen, daß der Schulentlassene sich nicht sogleich der Fabrikstätigkeit zuwendet, da er dadurch im späteren Leben niemals zu einer selbständigen Stellung gelangt, was doch das Lebensglück so ungünstig beeinflusst. In den meisten Fällen liegt die Triebfeder darin, daß der Junge sogleich Geld mit nach Hause bringt. Dabei übersehen man die gesundheitlich und sittlichen Gefahren der Fabrikatmosphäre. Auch werden die ungelerten Arbeiter am niedrigsten entlohnt. Es muß daher betont werden, daß in unserem Zeitalter der Maschinen und Fabriken auch das Handwerk immer noch einen „Goldenen Boden“ hat. Daß die Unterbringung der Lehrlinge bei Meistern nicht mehr so schwer fällt wie in den vergangenen Jahren, ist ein günstiges Zeichen dafür, daß das Handwerk wieder in aufsteigender Linie begriffen ist. Auch bei den schulentlassenen Mädchen ist in unseren sozialen Zeiten eine Ausbildung in einem Lebensberuf nötig, damit sie sich später selbstständig durchs Leben schlagen können, falls ihnen später eine Versorgung durch den Eintritt in den Ehestand verweigert bleiben sollte.

Die Ribelungen als Filmepos. Ein filmisches Ereignis steht uns bevor: die Aufführung des größten deutschen Filmwerks, des D. c. la. U. a. Films: „Die Ribelungen“, an dem der Regisseur Fritz Lang zwei mühevollen Jahre hindurch gearbeitet hat. Die Berliner Aufführung gestaltete sich zu einem gesellschaftlichen Ereignis ersten Ranges. Zahlreiche Vertreter der deutschen Regierung, der ausländischen Gesandtschaften, der in- und ausländischen Presse nahmen daran teil. Auf dem anschließenden Bankett im Hotel Adlon sprach Minister Dr. Stresemann dem wahren Filmkunstwerk als der völkerverbrüdernden Brücke von Kultur zu Kultur das Wort.

Aus der Umgegend.

Erbenheim. Die am Samstag zum zweitenmale erfolgte Haus- und Grundstücksversteigerung der Erben des Landwirts Schmidt, der der nicht hoch genug erschiedenen Preise wegen die Genehmigung verweigert blieb, hatte das auffallende Ergebnis, daß diesmal viel weniger erzielt wurde. Für die hebrante Hofstätte wären vor 8 Tagen innerhalb 4 Wochen 17 500 M. bezahlt worden, diesmal nur 16 000 M. das Höchstgebot. Auch der Grund und Boden wurden schlechter bezahlt, knopp 1500 M. für 1 Morgen; 60 Ruten kamen beispielsweise 650 M. Bei einem A. d. r. der in der Nähe des Südfriedhofes liegt und einmal als Erweiterung deselben dienen kann, hat die Stadt Wiesbaden 23 M. für die Rute geboten. Trotzdem bleibt der Gesamterlös gegen die 1. Versteigerung wesentlich zurück.

Errichtung einer Weinvertriebsstelle durch die Landwirtschaftskammer zu Wiesbaden. Die hiermit in Zusammenhang stehenden Fragen wurden durch Vertreter der Rheinischer Weinhandelsvereinigung, die Wiesbaden C. B., im Preussischen Ministerium f. Landwirtschaft, Domänen und Forsten mit den Herren Minister Steiger, Staatssekretär Ramm und Oberregierungsrat Badhaus erörtert. Die Vertreter des Ministeriums erklärten hierbei, daß das Ministerium der Landwirtschaftskammer auf Grund der zahlreichen Beschwerden über das Vorhaben dieser Kammer dringend empfohlen habe, sich aus diesem Unternehmen fernzuhalten. Die Landwirtschaftskammer habe diesem Wunsch auch entsprochen, das Unternehmen solle nunmehr in Form einer Genossenschaft betrieben werden.

Massenheim, 15. März. Ein Großfeuer, das am Donnerstag in der verfloßenen Woche morgens gegen 3 Uhr ausbrach, legte die Scheune, die Stallungen und Wohngebäude des Landwirts Philipp Koch in Asche. Das Vieh wurde gerettet, die Vorräte in der Scheune, sowie die Maschinen usw. verbrannten. Die Massenheimer „Freiwillige Feuerwehr“, sowie diejenige aus Dellensheim, vermochten es, die Ausdehnung des Brandes auf das Wohnhaus und die Nachbargebäude zu verhindern.

Nicht von der Straßenbahn abspringen. In unserer Nachbargemeinde Rostheim hat sich durch diese üble Gewohnheit ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Die

12jährige Schülerin Mina Rischmayer kam durch vorzeitiges Abspringen unter den Anhängewagen und wurde so schwer verletzt, daß beide Beine unterhalb der Kniee amputiert werden mußten. Wie die Direktion mitteilt, sind allein hierdurch in den letzten vier Wochen nicht weniger als fünf zum Teil schwere Unfälle herbeigeführt worden. — Auch bei der Eisenbahn ist es mit Gefahr verbunden, den Wagen zu verlassen, ehe der Zug vollständig zum Stehen gebracht ist, desgleichen noch aufzuspringen, wenn derselbe sich bereits in Bewegung gesetzt hat.

Hinweis! Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Robert Hohn & Co., G. m. b. H. Magdeburg, über ihr in vielen Tausenden von Fällen bewährtes Nervenmittel „Nervosin“ bei, auf welche wir unsere Leser hiermit ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen.

Allmähliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Die Auszahlung der Zusatzrenten für Monat März findet am Mittwoch, den 18. März 1925 vorm. von 8 bis 10 Uhr an der Stadtkasse statt.

Hochheim a. M., den 16. März 1925.

Der Magistrat: Arzbächer.

Es wurde festgestellt, daß der Aufforderung vom 4. Februar ds. Jrs., die Grenzgräben an den Main- und Auwiesen auszuheben, in vielen Fällen nicht nachgekommen worden ist, wieder andere Gräben sind nicht der Vorschrift entsprechend ausgehoben.

Die Pächter werden daher aufgefordert innerhalb 14 Tagen ihren Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls die Anordnung von Gemeindegewegen ausgeführt wird und die entstandenen Kosten von den Interessenten eingezogen werden.

Hochheim a. M., den 14. März 1925.

Der Magistrat: Arzbächer.

Zahlungs-Erinnerung.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche noch mit der Zahlung ihrer Grundvermögenssteuer und Hauszinssteuer für das Rechnungsjahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925) im Rückstande sind, werden daran erinnert, diese Steuern innerhalb der ständigen Schonfrist bis zum 23. März 1925 reiflos an die unterzeichnete Kasse einzuzahlen. Steuernrückstände, welche in dieser Frist nicht entrichtet sind, müssen im Zwangswege nebst den Verzugszuschlägen und Kosten eingezogen werden.

Hochheim a. M., den 16. März 1925.

Die Stadtkasse: Muth.

Betr.: Reichsteuern.

Auf Antrag des Finanzamts Wiesbaden wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, daß, da Hochheim nicht zum Notgebiet gehört,

1. die Einkommensteuer 3. Rate 1924 zu zahlen ist, während die 4. Rate 1924 ohne Antrag gestundet bleibt. Die 1. und 2. Rate 1925 können auf begründeten Antrag hin gestundet werden.

2. die Vermögenssteuer 3. und 4. Rate 1924 sowie 1. Rate 1925 zu zahlen sind.

3. die Umsatzsteuer 3. Rate 1924, die bis 17. 1. 25. gestundet war, voll zu zahlen ist, während die 4. Rate 1924 und die 1. Rate 1925 halb zu zahlen sind.

Hochheim am Main, den 14. März 1925.

Der Magistrat — Steuerverwaltung: Arzbächer.

Betr. Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925.

Gemäß Verfügung des Ministers des Innern vom 9. März 1925 ist für die Auslegung der Stimmverzeichnisse für die Reichspräsidentenwahl angeordnet, daß diese frühestens vom 15. 3. 1925, spätestens aber vom 20. 3. 1925 ab bis einschließl. 23. 3. 1925 auszulegen sind.

Demgemäß wird hiermit bekannt gemacht, daß die Stimmlisten-Stimmkartei für die Stadt Hochheim am Main von Mittwoch, den 18. März bis Montag, den 23. März 1925 einschließl. hier im Rathaus, Zimmer 6 von vormittags 8 bis 12 Uhr zur Einsicht für jedermann offen liegen. Einsprüche gegen die Listen können bis 23. März 1925 nachmittags 5 Uhr schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Einwurf des Einspruchs in den Hausbriefkasten genügt. Jedem Stimmberechtigten gehen dieser Tage Wahlbenachrichtigungskarten zu. Diejenigen Stimmberechtigten, welche aus irgend einem Grunde solche nicht erhalten, sind in die Stimmlisten nicht aufgenommen und müssen sich in dem Zeitraum, wie oben angegeben, melden, da sie sonst zu der Wahl nicht zugelassen werden.

Hochheim am Main, den 16. März 1925.

Der Magistrat: Arzbächer.

Sämtliche Kolonialwaren

Buller, Eier, alle Arten Käse, Schmalz, Margarine, Pflanzenöl, Salatöl, Bismarck-Heringe, Rollmops, Brat-Heringe, Heringe in Gellee, Sardinen, Bückinge u. Sprossen z. billig. Tagespreisen
Ferner ab Donnerstag

frisch von der See eintreffend Schellfische, Kabslau Brat-Schellfische, grüne Heringe billig, empfiehlt

W. Bott, Frankfurterstr. 12.

